



# Children's Health Support e.V.

Kinderrechte sind Menschenrechte!

37276 Meinhard Auf dem Gänseland 2 Tel./Fax 0049 (0) 5651-5711  
Internet: [www.childhealth.de](http://www.childhealth.de) E-mail: [ChildOrg@aol.com](mailto:ChildOrg@aol.com)

Bundesministerium für Familie,  
Senioren, Frauen und Jugend  
Bundesministerin  
Frau Dr. Christine Bergmann

53107 Bonn

Meinhard, den 23.02.2002

Sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Bergmann,

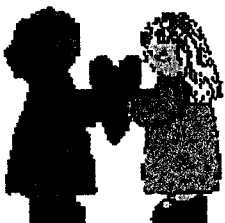
unsere Kinderschutzorganisation Children's Health Support e.V. arbeitet seit 1995 intensiv als einzige Deutsche Organisation an besserem Brandschutz für Kinder. Durch unsere vielseitige Arbeit stellten wir immer wieder die hohe Gefährdung von Kindern fest, sowie deren unzureichenden Schutz im Falle eines Brandes.

Die folgenden Todeszahlen sind erschreckend und sprechen für sich:

Von 1987 - 1999 kamen 8465 Menschen bei Bränden in Wohngebäuden ums Leben. 908 davon waren Kinder, 576 davon unter 5 Jahren. 43 Kinder starben in den Jahren 2000-2001. Das bedeutet es starben in 15 Jahren durchschnittlich 5 Kinder/Monat. Ein untragbares Ergebnis, das allein im Januar 2002 drastisch überschritten wurde: 8 Kinder fanden in den ersten 14 Tagen des neuen Jahres bei Bränden den Tod.

Diese Bilanz ist tragisch und gibt Auskunft über den dringenden Bedarf an gerechtem Brandschutz für Kinder. Ihre Überlebenschance, gegenüber Erwachsenen, ist um die Hälfte reduziert. Einfach gesagt, je kleiner ein Kind ist, desto schneller wird die tödliche Dosis von Rauchgiften erreicht. Deshalb überleben bei über 80% der schweren Wohnungsbränden, die Eltern die Rauchvergiftung, die Kinder aber nicht. Rauch ist der schleichende Tod, indem ein Erwachsener höchstens 2 Minuten überleben könnte, ein Kleinkind nicht einmal eine Minute.

Diese maßgeblichen Tatsachen werden von keiner bestehenden Sicherheitsvorschrift in Bezug auf Privaten Brandschutz, berücksichtigt!  
Somit ist das Kind, unbestritten das wehrlose Opfer von unzureichendem Schutz im Brandfalle.



Bankverbindung: CC-Bank Mönchengladbach BLZ 310 108 33 Kto.-Nr. 25.350 863.20

Durch unsere mühsamen Arbeiten, die Auswertungen von Bränden sowie die Bewertung von Studien anderer Länder und deren Erfahrungen zusammenzutragen, wurde ganz deutlich erwiesen: "Der wichtigste Lebensretter im Brandfall ist der Rauchmelder".

Bei dem ersten Anzeichen von Rauch reagiert der Melder mit einem lauten Alarm. Er warnt Tags oder Nachts, die Bewohner daß bereits ein Feuer im Gange ist. Er ermöglicht somit ein frühzeitiges Eingreifen und Retten, sowie die Verminderung von Verletzten und Brandschaden. Die Verbesserung von Lebensschutz, durch Rauchmelder, steht in keinem Verhältnis zu seiner Anschaffung, gegenüber seinem Nutzen überhaupt. Auf seine Lebensdauer gerechnet kostet dieser ca. 35 Cent per Monat.

Seit 1997 haben die Mehrheit der zuständigen Behörden und Politiker der Bundesländer, diese angemessene Möglichkeit, den Brandschutz Ihrer Bürger in einfacher Weise zu verbessern, abgelehnt!

Der Grund war die Beratung und Empfehlung der ARGEBAU. In der 214.Sitzung der Fachkommission Bauaufsicht haben sich die Mitglieder der ARGEBAU gegen eine Rauchmelderpflicht ausgesprochen, weil unsere Forderung überzogen sei. Das ist keine plausible Begründung und wir betrachten die Auffassung der ARGEBAU als lebensbedrohlich und falsch. Die Bundesländer haben bis heute an der fehlerhaften Bewertung und Entscheidung vom 10.11.1997 festgehalten!

Zwischenzeitlich hat es sich als ein Todesurteil, hauptsächlich für viele Kinder und Ältere Menschen, die sich nicht gegen Feuer schützen können, bestätigt: Nach Ablehnung unserer Petition I ereigneten sich Bundesweit bis heute, 73 Brände, bei denen insgesamt 116 Kinder getötet wurden, davon waren 80 Kinder unter 6 Jahren!

Die ARGEBAU hätte Hunderten von Menschen das Leben retten können, aber diese hält aufgrund besseres Wissens, lieber an den veralteten Bestimmungen fest, statt mitzuwirken damit Deutschlands Brandschutz wirklich verbessert wird. Wir bedauern sehr diese Haltung, denn diese richtet sich gegen den Lebensschutz von Kindern, obwohl Kinder eindeutig verfassungsgemäß besonders zu schützen sind.

Aus dieser Begründung haben wir eine Gesetzespetition an die Bundesregierung am 21.05.2000 eingereicht. Bitte sehen Sie die beiliegende Kopie. Am 26.03.2001 teilte der Petitionsausschuß mit, daß unsere Petition an den Bundestag weitergeleitet worden ist. Bitte sehen Sie die beiliegende Kopie. Aufgrund der Wichtigkeit unserer Arbeit, habe ich mich mehrmals an den Petitionsausschuß gewandt, um die Petition zu ergänzen und ich habe darum gebeten, den Petitionsprozeß zu einem Abschluß zu bringen.

Die Petition liegt bereits seit 20 Monaten dem Petitionsausschuß der Bundesregierung vor! Seit deren Eingang sind bis heute 40 Kinder durch 26 Brände getötet worden. Aus diesem Grund habe ich mich an Herrn Bundeskanzler Schröder gewandt, wobei dieses Schreiben an Ihr Ministerium übersandt wurde.

Ich habe Ihre Nachricht vom 30.01.2002 erhalten, mit dem Sie mir, mitteilen, daß Ihr Ministerium die Angelegenheit an das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen weitergeleitet hat. Bitte sehen Sie das beiliegende Schreiben.

Jetzt ist die Angelegenheit wieder am Anfang des Petitionsprozesses, wo diese am 21.05.2000 begonnen hat! Und die Eingabe wird, fälschlicherweise unter der Bezeichnung "Baurecht" behandelt. Baurecht befaßt sich mit dem Hausbau. Die Bauordnung hat einige Brandschutzvorschriften, u.a. solche die die Verbreitung eines Feuers verhindern sollen. Hier geht es um Rettungswege, Feuerschutztüren und die Bausubstanz. Die Früherkennung eines Feuer ist aber maßgebend für das tödliche Ausmaß einer Brandkatastrophe, und diese wurde völlig außer Acht gelassen.

Es darf nicht vergessen werden, daß nur eine kleine Minderheit von Familien in Neuen Gebäuden mit besserem Brandschutz leben. Die Mehrheit der Bundesbürger bewohnen erheblich feuergefährdete und alte Gebäude, wobei die Bauordnungen hier keine Relevanz haben.

Das ist unfaßbar, denn es geht hier um die Gewährung eines Grundrechtes, und zwar dem Schutz des Lebens. Genauer gesagt, es betrifft die Gewährung von angemessenem Lebensschutz für Kinder, sowie Ihren Familien nach verfassungsrechtlicher Grundlage.

Deshalb muß ich Sie hierzu eindringlich bitten, die Problematik sehr gewissenhaft zu überprüfen und Maßnahmen zu ergreifen, damit Familien und die Kinder zukünftig mit angemessener Sicherheit in ihren Haushalten leben können. Nach Beendigung dieses Schreibens habe ich erfahren müssen, daß heute früh 2 Kleinkinder bei einem Kinderzimmerbrand in Oldendorf/Kreis Hameln-Pyrmont(Niedersachsen) ums Leben gekommen sind.

Handeln Sie bitte, damit das Leben unsere kleinsten Mitbürger, nicht weiterhin durch unzureichenden Schutz, vernichtet wird.

Aufgrund des gebotenen Handlungsbedarfs, bittet Children's Health Support, die Einführung einer bundesweiten "Rauchmelder Sicherheits Vorschrift für Familien" zu ermöglichen.

Ich bedanke mich für Ihre Unterstützung und stehe Ihren Behörden, mit unseren Experten(Anwalt, Ärzten, Brandexperten) gerne zur Verfügung.

Mit den besten Grüßen,

  
Jean Louis Stiller  
-Vorsitzender-